

# SPD demokratischer pressediens

P/YXVIEE/12

17. Januar 1973

Olympische Spiele in der DDR?

---

Eine Chance vielleicht schon für 1976

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Sportbeirates beim LPB-Parteivorstand

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Konfliktursachen sichtbar machen!

---

Zum zweijährigen Bestehen der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schwelbke MdB

Seite 3 bis 5 / 111 Zeilen

Vom "Euhmann" zum "Ombudsmann"

---

Rheinland-Pfalz-CDU sagt plötzlich Ja zu "Bürgerbeauftragten"

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und der Landesvorstands der SPD Rheinland-Pfalz

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Hausallee 3-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 686 848 / 886 847  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Olympische Spiele in der DDR ?

### Eine Chance vielleicht schon für 1976

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Das Internationale Olympische Komitee steht vor einer seiner schwierigsten Phasen in der Nachkriegsgeschichte. Drei Jahre vor Beginn der Olympischen Spiele 1976 ist es höchst fragwürdig, ob die Winter- und die Sommerspiele wie vorgesehen überhaupt stattfinden können. Nach dem Verzicht der kanadischen Stadt Denver auf die XII. Winterspiele steht man auch in Montreal vor einer ganzen Serie brisanter Probleme. An den Baubeginn wird auch drei Jahre vor dem XXI. Olympischen Weltfestival 1976 noch nicht gedacht.

Der Kampf um die Finanzierung gefährdet die erfolgreiche Bewerbung von Montreal bei der IOC-Session 1970 in Amsterdam. Während sich für die Winterspiele 1976 inzwischen Innsbruck, Chamonix, Salt Lake City und Tampere beworben haben, wobei Innsbruck ganz offenbar die größten Chancen eingeräumt werden können, ist die Zukunft der Sommerspiele 1976 noch völlig ungesichert. Beim IOC rechnet man schon mit der Rückgabe des Auftrages zur Ausrichtung der Spiele durch Montreal, denn die Diskussion um eine Ersatzlösung ist bereits in ein aktuelles Stadium getreten. Würde nicht der quälende Zeitfaktor eine beherrschende Rolle spielen, dann könnte unter dem Eindruck der mammothhaften Größenordnungen und Finanzbelastungen eine tiefgreifende Reform der olympischen Bewegung eingeleitet werden.

Wenn überhaupt, so kann nach einem Verzicht von Montreal nur eine Stadt an eine Übernahme denken, die bereits über umfangreiche moderne Sportanlagen verfügt. Länder der Dritten Welt dürften bei der erneuten Vergabe kaum realistische Erfolgsaussichten haben. Ob Moskau, das sich auf die Spiele 1980 einrichtet, seine Pläne um vier Jahre vorziehen kann, ist unwahrscheinlich. Schon melden sich erste Stimmen, die Spiele 1976 erneut nach München vergeben wollen, weil dort bereits die entsprechenden Sportanlagen und

Organisationsbedingungen vorhanden sind und damit das finanzpolitische Risiko auf ein Minimum reduziert werden kann.

Solchen Überlegungen ist aber vor allem aus außenpolitischen Gründen und wegen einer toleranten Haltung der BRD im internationalen Weltspport zu widersprechen. Erste Reaktionen von NOX-Präsident Willi Daume tendieren in diese Richtung. Dagegen würden die Olympischen Spiele 1976 in einer vertretbaren Größenordnung der DDR die Chance geben, ihre bisherige und beeindruckende Rolle im internationalen Sport durch die Ausrichtung der Spiele der XXI. Olympiade 1976 nachdrücklich zu unterstreichen. Zudem nimmt die Sportführung in Ostberlin für sich in Anspruch, ein entscheidender Faktor in der Wahrung der Olympischen Idee zu sein. Mit dem 100.000 Zuschauer fassenden Zentralstadion und der Hochschule für Körperkultur bietet Leipzig gute Ausrichtungsmöglichkeiten. Die Struktur und Größe der DDR sowie ihre vielfältigen Sportanlagen würden neben Leipzig auch andere unmittelbare Einzugsgebiete an der Ausrichtung der Spiele beteiligen können. Finanzielle Engpässe der DDR dürften sich möglicherweise im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) beheben lassen.

Nachdem die DDR eine umfassende Normalisierung ihrer außenpolitischen Beziehungen einleiten konnte, festigt sich ihre Position auch international. Als Folge des Grundvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik müßte die Ostberliner Regierung in der Lage sein, eine Liberalisierung ihres Reiseverkehrs bis 1976 soweit zu forcieren, daß die Olympischen Prinzipien erfüllt sind. Schließlich will die DDR mit den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten vom 28. Juli bis 5. August 1973 beweisen, daß sie zur Ausrichtung internationaler Großveranstaltungen in der Lage ist.

(-/17.1.1973/ks/ex)

Konfliktursachen sichtbar machen!  
-----

Zum zweijährigen Bestehen der Deutschen  
Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Auch kritische Beobachter der 1970 auf Anregung und unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Heinemann ins Leben gerufenen Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) werden diesem neuartigen "Verein" - ursprünglich war an die Schaffung einer klassischen Stiftung gedacht worden - bescheiden können, daß er in den ersten zwei Jahren seines Bestehens die bislang in der Bundesrepublik Deutschland fehlenden Voraussetzungen für die Erforschung einerseits der Ursachen von Konflikten und andererseits der Bedingungen von Friedensordnungen geschaffen hat.

Die Arbeit der DGFK geht nicht nur unsere Wissenschaftler und Forschungsinstitute an. Gewiß liegt hier der Schwerpunkt aller Förderungsmaßnahmen der Gesellschaft. So hat sie seit 1970 schon mehr als fünfzig Forschungsprogramme in den verschiedenen Wissenschaftsbereichen aus Mitteln unterstützt, die ihr nach wie vor in erster Linie aus dem Haushalt des Bundes zufließen. Maßgebend für solche Förderung sind die vom Kuratorium, dem neben sechzehn aktiven Wissenschaftlern sechzehn weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören, aufgestellten Richtlinien. Sie sehen eine besonders gezielte Förderung für multidisziplinäre Forschungsprojekte auf nationaler wie internationaler Ebene vor. Eine Zusammenarbeit etwa zwischen Politologen, Soziologen und Sozialpsychologen - um nur eine multidisziplinäre Kombination zu nennen - ist in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum westlichen Ausland immer noch unterentwickelt. Schon von daher hat sich die Arbeit der Gesellschaft in ihrer Anlaufzeit gelohnt.

Bei dieser Wissenschaftsförderung handelt es sich laut Satzung jedoch nur um das eine Bein dieser neuen Gesellschaft. Das andere

ist von der Zielsetzung her definiert als "Verbreitung des Friedensgedankens". Hier wird es um die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus den verschiedenen Bereichen der Friedens- und Konfliktforschung gehen und zwar einerseits in die Lehre an unseren Schulen - also um "Friedenspädagogik" - und zum anderen in die praktische Arbeit von Regierungsstellen oder von Gruppen und Verbänden aller Art wie z.B. den vielfältigen "Friedensdiensten".

Damit berührt dieser jetzt ebenfalls in Förderungsrichtlinien zu fassende Teil der Arbeit der DGFK einen jeden von uns. Schließlich muß allen auf dem Boden unserer grundgesetzlich garantierten Ordnung stehenden politischen und gesellschaftlichen Gruppen, ja allen Bürgern, genauso an der Erforschung von Konfliktursachen und der Erarbeitung von Modellen zur Schaffung von Ordnungen gelegen sein, die den Namen Frieden tatsächlich verdienen, wie an aktiven Bemühungen zur Sicherung dieses Friedens. Innerstaatliche Friedensordnungen sind z.B. dort nicht gegeben, wo schweigende Mehrheiten oder Minderheiten durch eine kleine Herrschaftsschicht unterdrückt werden, zwischenstaatliche nicht unter den Bedingungen einer bilateralen oder multilateralen Vormachtstellung einer Supermacht gegenüber anderen Mittel- und Kleinmächten.

Die DGFK will - darauf wurde wiederholt hingewiesen - nach ihrem Selbstverständnis, wie es sich in den Förderungsrichtlinien im Bereich "Wissenschaft" niederschlägt, im Übrigen auch keine Modelle zu einer Konfliktregulierung gewissermaßen um jeden Preis fördern.

Konflikte jeder Art - ob innergesellschaftlich-soziale, innergesellschaftlich-wirtschaftliche oder internationale - sollen nicht verschleiert oder wegdiskutiert, sondern ganz im Gegenteil sichtbar gemacht werden, gerade um auf diese Weise Konfliktursachen noch wirksamer abstellen und Mechanismen zur friedlichen Austragung von Konflikten noch besser entwickeln zu können. So heißt es sehr ausgewogen und nuanciert in den Richtlinien: "Die Friedensforschung erforscht also Faktoren, die den Frieden in der Welt bedrohen und verletzen; sie untersucht, wie Bedingungen des Friedens geschaffen und erhalten werden können und erarbeitet

Verfahren und Modelle zur friedlichen Konfliktaustragung. Die Friedensforschung muß gleichzeitig auf die Verhütung von Kriegen und das Überleben in der Gegenwart hinarbeiten und durch friedliche Veränderung eine künftige Ordnung anstreben, die gesicherte Voraussetzungen für die Verwirklichung des Friedens bietet".

Verdeutlichen läßt sich für den allgemein interessierten Bürger die Arbeit der DCFK vielleicht an einem Beispiel. Untersucht wird im Rahmen der von der Gesellschaft geförderten Projekte etwa das deutsch-polnische Konfliktverhältnis nach dem Zweiten Weltkrieg, und zwar in Zusammenarbeit von Soziologen, Psychologen und Politologen. Hier - wie bei ähnlich angelegten Untersuchungen - geht es nicht zuletzt um das Phänomen sogenannter Bedrohungsvorstellungen, deren konfliktfördernder Stellenwert schon nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

Wie kommt es zu Bedrohungsvorstellungen? Man kann die Antwort auf diese Frage in eine einfache Formel kleiden: Bedrohungsvorstellungen bei einer Gruppe X (z.B. der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland) gegenüber einer Gruppe Y (z.B. der Volksrepublik China) entstehen dadurch, daß X Bedrohungsabsichten von Y und dessen Möglichkeiten zur Durchsetzung solcher Absichten wahrnimmt oder auch glaubt wahrnehmen zu können. Es kommt nun gar nicht so entscheidend darauf an, ob solche Wahrnehmungen einigermaßen der Realität entsprechen oder aber durch Propagandaeinwirkungen etc. teilweise oder gänzlich realitätsfremd sind. Sicher ist vielmehr, daß allein schon das Vorhandensein von Bedrohungsvorstellungen bei X ähnliche Vorstellungen bei Y im Verhältnis zu X hervorruft oder auch solche Vorstellungen bei Y noch verstärkt, sofern sie vorher vorhanden waren. Somit kommt es schließlich zu einem gegenseitigen "Hochschaukeln" solcher Bedrohungsvorstellungen und entsprechender Abwehrmechanismen. Die Geschichte z.B. des Kalten Krieges in Europa zwischen 1950 und 1970 bietet ebenso wie der Vietnam-Konflikt seit 1954 tragischen Anschauungsunterricht für die Bedeutung dieses Phänomens richtig oder falsch wahrgenommener Bedrohungen. In diesem Zusammenhang ist auch in Rechnung zu stellen, daß Bedrohungsvorstellungen in den meisten Fällen mit der Entwicklung bzw. Vertiefung von Vorurteilen und anderer psychischer Faktoren einzelner oder ganzer gesellschaftlicher Gruppen und Staaten einhergehen - also etwa mit Vorstellungen von "den" Deutschen, "den" Juden, "den" Arabern oder "den" Chinesen.

Genug Grund also auch unter solchen Gesichtspunkten, daß wir uns alle als Wissenschaftler und Laien mit den Problemen von Konflikten und Frieden noch intensiver beschäftigen. Vielleicht leistet zur Bewältigung dieser Aufgabe die jetzt bekanntgegebene erstmalig in der Bundesrepublik zu verzeichnende Errichtung einer jährlichen Gastprofessur für Friedens- und Konfliktforschung - an den beiden Bonner Hochschulen - einen wichtigen Beitrag.

(-/17.1.1973/bgy/ks/ex)

Vom "Buhmann" zum "Ombudsman"

---

Rheinland-Pfalz-CDU sagt plötzlich Ja zum "Bürgerbeauftragten"

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und des  
Landesvorstands der SPD Rheinland-Pfalz

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird es in Rheinland-Pfalz noch in diesem Jahre, gewiß aber noch vor der nächsten Landtagswahl, den "Bürgerbeauftragten" geben, einen für das Land und seine Bürger tätigen "Ombudsman" nach dem Vorbild der skandinavischen Länder und dem bundesdeutschen Beispiel des Wehrbeauftragten.

Wenn es den "Bürgerbeauftragten" in Rheinland-Pfalz geben wird, dann werden sich jahrelange Bemühungen der sozialdemokratischen Opposition gelohnt und ausgezahlt haben, obschon die SPD in dem von dem CDU-Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl regierten Land natürlich nicht über die absolute Mehrheit verfügt und in aller Regel nicht erwarten kann, daß für einen SPD-Vorschlag auch nur eine CDU-Stimme abgegeben wird.

Daß sich das landespolitische "Wunder" eines SPD-Erfolgs dennoch als möglich, vielleicht sogar als wahrscheinlich erweist, ist darauf zurückzuführen, daß Ministerpräsident Dr. Kohl und seine ohnehin stets folgsamen Freunde und Gegner in der CDU-Landtagsfraktion einen Salto vor- und rückwärts und gleichzeitig seit dem Sinneswandel in Sachen Konfessionsschule die ungewöhnlichste politische Kehrtwendung vollzogen haben.

Man höre und staune: 1969 erarbeitete die SPD-Opposition den ersten Gesetzentwurf zur Einführung eines "Bürgerbeauftragten". Das Papier kam zwar zur Beratung ins Parlament, aber die SPD-Initiative wurde von der parlamentarischen Mehrheit nicht einmal zur Ausschußberatung zugelassen.

Und als Ende November 1972 die Mainzer Sozialdemokraten ihren leicht veränderten Gesetzentwurf für einen Landes-"Ombudsman"

erneut einbrachten, war der "Bürgerbeauftragte" für die CDU-Leute in Rheinland-Pfalz noch immer "Buh-Mann" und - wie es in einer Fraktionserklärung hieß - höchst "Überflüssig". Alles deutete darauf hin, daß auch der neue SPD-Initiative kein Erfolg beschieden sein werde, höchstens der, in Presse, Funk und Fernsehen recht positiv bewertet zu werden.

Aber knapp sechs Wochen danach, am Tage des Kohl'schen Neujahrsempfangs am 11. Januar, war die Sensation perfekt: Die CDU-Landtagsfraktion sagte nicht nur Ja zu einem "Bürgerbeauftragten", sondern brachte im Landtag sogar einen "eigenen", der SPD fast von A bis Z nachempfundenen Gesetzentwurf ein. Nur in zwei nicht unwichtigen Fragen unterscheidet sich der CDU-Entwurf von dem der SPD. Er sieht eine längere Amtsperiode des "Bürgerbeauftragten" vor, der vor allem auch mit einfacher Mehrheit gewählt werden können soll, während nach Ansicht der SPD nur eine Zweidrittelmehrheit garantiert, daß der "Ombudsman" zur verlängerten Mehrheit der Regierung und der parlamentarischen Mehrheit werden kann.

Nach dem "Furzelbaum" von Kohl und seinen Mannen, der im Lande großes Aufsehen und bissige Kommentare ausgelöst hatte, stehen nun Gespräche zwischen SPD und CDU ins Haus. Es spricht vieles dafür, daß sie nicht scheitern werden. Voraussetzung allerdings ist, daß die CDU zu ihrem Wunsch nach einer Wahl mit einfacher Mehrheit nicht auch noch gleich einen CDU-Kandidaten mitliefert, der entweder bei den Bundestagswahlen oder bei dem jüngsten Mainzer Kabinettsrevirement nicht zum Zuge gekommen ist. Die Opposition in Rheinland-Pfalz, Initiator des rheinland-pfälzischen "Bürgerbeauftragten", ist zwar nicht der Meinung, daß der erste "Ombudsman" unbedingt eine Persönlichkeit ihres speziellen Vertrauens sein müßte, aber sie meint, daß eine derartige Institution und ihr Leiter grundsätzlich von einem sehr breiten Vertrauen der Wahlkörperschaft getragen sein müßten. (-/17.1.1973/ks/ex)